

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Aml. Anz. Nr. 51

FREITAG, DEN 2. JULI

2010

## Inhalt:

	Seite		Seite
Benennung von Verkehrsflächen .....	1121	Öffentliche Zustellung .....	1124
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises .....	1123	Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche .....	1124
Öffentliche Bekanntmachung .....	1123	Neue Zusammensetzung des Aufsichtsrats .....	1124

## BEKANNTMACHUNGEN

### Benennung von Verkehrsflächen

Der Senat hat am 23. Juni 2010

1. die nachstehend beschriebenen Verkehrsflächen wie folgt benannt:

#### im Bezirk Hamburg-Mitte

Stadtteil HafenCity – Ortsteil 103 –

den etwa 150 m langen und etwa 30 m breiten, sich von der Ecke Poggenmühle/Oberbaumbrücke nach Osten auf die Ericusspitze hin erstreckenden, öffentlich zugänglichen privaten Platz einschließlich eines parallel zur Oberbaumbrücke und zum Oberhafen verlaufenden Gehwegbereiches, der im Westen und im Osten in den genannten Platz einmündet, gemeinsam

Ericusspitze,

Stadtteil St. Pauli – Ortsteil 112 –

die etwa 40 m lange, in der Grünanlage westlich der Helgoländer Allee liegende, vom Hotel Hafen Hamburg sowie dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie nach Süden hinunter zur St. Pauli Hafensstraße/Ecke Helgoländer Allee führende Treppenanlage

Willi-Bartels-Treppe,

Stadtteil Wilhelmsburg – Ortsteil 137 –

den insgesamt etwa 1800 m langen und etwa 800 m breiten, sich vom Straßenzug Mengestraße/Neuenfelder Straße – zwischen der Georg-Wilhelm-Straße und der Güterumgehungsbahn – nach Süden erstreckenden, für die IGS 2013 neu gestalteten Park, der im Westen begrenzt wird etwa durch den Verlauf der Kornweidenwettern, im Südwesten durch die südliche Begrenzung der Kleingartenvereine 706 und 719, dann läuft die Begrenzung in südöstlicher Richtung weiter zur Wilhelmsburger Reichsstraße, folgt dieser etwa 400 m nach Süden und schwenkt dann parallel zum Verlauf der Güterumgehungsbahn, die sich südöstlich und östlich anfügt, wieder nach Norden

zur Neuenfelder Straße zurück, unter Aufhebung der in diesem Gebiet liegenden Namen Wilhelmsburger Park und Wilhelmsburger Rathauspark, insgesamt neu als

Wilhelmsburger Inselpark,

#### im Bezirk Hamburg-Nord

Stadtteil Barmbek-Nord – Ortsteil 429 –

- a) die insgesamt etwa 710 m lange, vom Rübenkamp – etwa 400 m nördlich der Einmündung Lauensteinstraße – zunächst etwa 50 m nach Ostnordosten abzweigende, dann etwa 80 m nach Südsüdosten abknickende und zum Kreisels des mit diesem Beschluss benannten Wilhelm-Drexelius-Weges führende, dann südlich des Kreisels etwa 210 m nach Südsüdosten weiterführende, von dort etwa 180 m nach Ostnordosten abknickende, dann etwa 90 m nach Nordnordwesten schwenkende und in den Kreisels der mit diesem Beschluss benannten Alfred-Johann-Levy-Straße einmündende sowie schließlich nördlich dieses Kreisels etwa 100 m nach Nordnordwesten weiterführende und in den Wilhelm-Drexelius-Weg einmündende, neu angelegte Ringstraße

Andreas-Knack-Ring,

- b) die etwa 260 m lange, von der Fuhlsbüttler Straße – etwa 190 m nördlich der Straße Hartzloh – nach Westsüdwesten abzweigende, dabei in Höhe des Ostteils des Andreas-Knack-Ringes einen Kreisels bildende und in den Westteil des genannten Ringes einmündende, neu angelegte Straße

Alfred-Johann-Levy-Straße,

- c) den etwa 230 m langen, vom Rübenkamp – etwa 300 m nördlich der Einmündung Lauensteinstraße – nach Ostnordosten abzweigenden, dabei in Höhe des Westteils des Andreas-Knack-Ringes einen Kreisels bildenden und schließlich in den Ostteil des genannten Ringes einmündenden – dabei die Einmündung des

neuen Weges Harkensee aufnehmenden – neu angelegten Weg

Wilhelm-Drexelius-Weg,

- d) den etwa 80 m langen, vom Ostende des neuen Wilhelm-Drexelius-Weges nach Nordnordwesten abzweigenden – in gedachter Linie des südlich endenden Andreas-Knack-Ringes weiterführenden – und in einer Kehre endenden, als Wohnhof neu angelegten Weg

Harkensee,

#### im Bezirk Wandsbek

Stadtteil Tonndorf – Ortsteil 513 –

den insgesamt etwa 167 m langen, von der Tonndorfer Hauptstraße – etwa 80 m südwestlich der Kreuzung Jenfelder Allee/Sonnenweg/Tonndorfer Hauptstraße – zunächst etwa 55 m nach Nordwesten abzweigenden, dann etwa 112 m nach Nordosten schwenkenden und vor dem Sonnenweg in einer Kehre endenden, bereits vorhandenen Weg

Studioweg,

2. die nachstehend beschriebenen Verkehrsflächen wie folgt umbenannt:

#### im Bezirk Hamburg-Mitte

Stadtteil St. Pauli – Ortsteil 109 –

den etwa 230 m langen, von der Karolinenstraße nach Westen abzweigenden Nordteil der Grabenstraße in

Flora-Neumann-Straße,

Stadtteil Wilhelmsburg – Ortsteil 137 –

der insgesamt etwa 460 m lange, von der Neuenfelder Straße – etwa 90 m südöstlich der Einmündung Dratelnstraße – zunächst etwa 80 m nach Südsüdwesten abzweigende, dann etwa 230 m nach Südosten abknickende, auf der bisherigen Trasse liegende Nordteil der Straße Am Containerbahnhof einschließlich eines angefügten, von dort etwa 150 m nach Südwesten abzweigenden und stumpf endenden, neuen Wegeteils sowie eines – etwa in Mittellage des vorgenannten Südost-Abschnitts – etwa 50 m nach Nordosten abzweigenden und sich etwas auffächernden, neuen Stichweges, gemeinsam in

Am Inselepark,

#### im Bezirk Altona

Stadtteil Bahrenfeld – Ortsteil 216 –

die etwa 780 m lange, von der Friedensallee nach Nordwesten zur Von-Sauer-Straße führende bisherige Pfitznerstraße in

Friedensallee,

3. beschlossen, dass auf die Erhebung von Verwaltunggebühren, die den Anliegern der bisherigen Pfitznerstraße im Zusammenhang mit der Umbenennung entstehen, verzichtet wird,
4. festgestellt, dass die Umbenennung der Pfitznerstraße am 27. Januar 2011 in Kraft tritt und alle anderen Benennungen und Umbenennungen dieses Beschlusses mit dem Beschlussdatum in Kraft treten.

Pläne über die Lage der neu benannten Verkehrsflächen können bei den zuständigen Bezirksämtern (Fachamt „Management des öffentlichen Raumes“) und beim Staats-

archiv Hamburg, Kattunbleiche 19, II. Stock, Zimmer V 220, 22041 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 23. Juni 2010

### Die Behörde für Kultur, Sport und Medien – Staatsarchiv –

Amtl. Anz. S. 1121

#### Erklärung der neuen Namen

#### Anhang

##### Willi-Bartels-Treppe

nach Wilhelm B. (1914–2007), Unternehmer, Immobilienbesitzer auf St. Pauli, Mitglied der Interessengemeinschaft St. Pauli, Ehrenpräsident des St. Pauli-Museums

##### Wilhelmsburger Inselepark

in Anlehnung an die Elbinsel Wilhelmsburg und die im Rahmen der IGS 2013 neu entstehende Parkfläche

##### Andreas-Knack-Ring

nach Prof. Dr. Andreas K. (1886–1956), Sozialdemokrat, von 1919–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Mitbegründer der Hamburger Gesellschaft für Sexualforschung, leitete die Homosexuellenbewegung der Weimarer Republik, seit 1923 Direktor des Barmbeker Krankenhauses, 1933 seiner Ämter enthoben, 1934 Aberkennung seiner ärztlichen Zulassung, Emigration nach China bis 1948, 1949–1952 Präsident der Hamburger Gesundheitsbehörde, Verfolgter des Nationalsozialismus

##### Alfred-Johann-Levy-Straße

nach Alfred J. L. (1901–1987), Elektroingenieur, Rundfunkmechanikermeister, 1919 Beitritt zur DDP, 1927 Kreisvorsitzender in Barmbek, 1930 Austritt wegen Vorbereitung zur Gründung der Deutschen Staatspartei, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zunächst in der Gruppe Q (ehem. Mitglieder der DDP), dann in der Widerstandsgruppe Bund Freies Hamburg, 1945 Mitgründer der Partei Freier Demokraten (später Hamburger Landesverband der FDP), 1947–1974 Deputierter der Baubehörde, 1953–1966 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, seit 1980 Ehrenmitglied der Hamburger FDP, Ehrenmeister des Hamburger Handwerks

##### Wilhelm-Drexelius-Weg

nach Dr. Wilhelm D. (1906–1974), Rechtsanwalt, seit den 20er Jahren SPD-Mitglied, verteidigte in der NS-Zeit politisch Verfolgte vor den Gerichten in Hamburg und Altona, 1946–1961 Senatssyndikus des Rechtsamtes, 1948 Senatsbevollmächtigter am Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, 1952 Autor der Hamburgischen Verfassung, 1961 Bausenator, 1961–1970 Schulsenator, 1961–1974 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1966–1970 Zweiter Bürgermeister

##### Harkensee

nach einer alteingesessenen Barmbeker Bauernfamilie

##### Studioweg

nach dem in der Nähe liegenden Studio Hamburg

##### Flora-Neumann-Straße

nach Flora N. (1911–2005), jüdische Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus; hat an den Hamburger Schulen bis ins hohe Alter als Zeitzeugin Tausende von Schülerinnen und Schülern über die NS-Zeit und den Holocaust aufgeklärt; zugleich zur

Erinnerung an ihren Ehemann Rudolf N. (1908–1999), Elektriker, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, sowie an ihren Sohn Bernd, der mit den Eltern Auschwitz überlebte

Am Inselepark  
in Anlehnung an den Wilhelmsburger Inselepark

## Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz – Referat Verwaltungsservice – ausgestellte Dienstausweis von Frau Kirsten Pils mit der Nummer 42592, gültig bis zum 31. Dezember 2011, wird mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

Hamburg, den 21. Juni 2010

**Die Behörde für Soziales, Familie,  
Gesundheit und Verbraucherschutz**

Amtl. Anz. S. 1123

## Öffentliche Bekanntmachung

Die Vattenfall Europe Generation AG, Vom-Stein-Straße 39, 03050 Cottbus, hat bei der zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Genehmigung zur wesentlichen Änderung des Steinkohlekraftwerkes Hamburg-Moorburg durch Errichtung und Betrieb eines Hybrid-Kühlturmes auf dem Grundstück Moorburger Elbdeich 76 in Hamburg-Moorburg, Gemarkung Moorburg, Flurstücke 1733, 2041, 2042, 2148 und 2385 (ehemals 2046, 2047, 2054), beantragt.

Das Steinkohlekraftwerk der Vattenfall Europe Generation AG, mit einer Feuerungswärmeleistung von 2 x 1850 Megawatt (MW) und einer elektrischen Leistung von maximal 1680 MW, wurde mit Bescheid vom 30. September 2008 genehmigt. Die Vattenfall Europe Generation AG hat nun beantragt, im Fall von Elbzuständen, die gemäß ihrer Wasserrechtlichen Erlaubnis vom 30. September 2008 die Entnahme von Kühlwasser für eine Durchlaufkühlung nicht erlauben oder einschränken, die Kühlung des Kraftwerkes Moorburg zukünftig über einen geschlossenen Kühlkreislauf mit Kühlturm vorzunehmen. Diese wesentliche Änderung des Kraftwerkes und seiner Betriebsweise sind nach Bundes-Immissionsschutzgesetz und Wasserhaushaltsgesetz genehmigungs- bzw. erlaubnisbedürftig.

Außerdem hat die Vattenfall Europe Generation AG die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns für die Errichtung beantragt. Diese umfasst den Hybridkühlturm, die Ablaufkühler, das Bauwerk für die Kühlturmsatzwasseraufbereitung, das Pumpenhaus und die Schaltanlagegebäude sowie die zugehörigen Leitungen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit Nummer 1.1 Spalte 1 des Anhangs zur Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV). Für den vorzeitigen Baubeginn ist eine Zulassung nach § 8 a BImSchG erforderlich.

Das Vorhaben wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Das Vorhaben unterliegt gemäß § 3 c in Verbindung mit § 3 e des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) einer Umweltverträglichkeitsprüfung, da die Änderung nach überschlüssiger Prüfung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Die Bekanntmachung erfolgt gemäß § 10 Absätze 3 und 4 BImSchG in Verbindung mit den §§ 8 bis 10 der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (9. BImSchV).

Für den geänderten Betrieb wird zeitgleich die Erlaubnis beantragt, Elbwasser aus der Süderelbe in einer Menge von 1 m<sup>3</sup>/s (entspricht 31 536 000 m<sup>3</sup>/a) zu entnehmen, um es als Kühlwasser zu verwenden. Beantragt wird außerdem die Einleitung von Kühlwasser aus der Kreislaufkühlung in einer Menge von 0,44 m<sup>3</sup>/s (entspricht 13 875 840 m<sup>3</sup>/a) sowie die Einleitung von Niederschlagswasser in die Alte Süderelbe.

Die Gewässerbenutzung bedarf einer Erlaubnis nach § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG). Nach § 11 Absatz 1 WHG in Verbindung mit § 9 UVPG in Verbindung mit §§ 95, 87 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) ist das Vorhaben öffentlich bekannt zu geben. Im Übrigen richtet sich das Verfahren gemäß § 85 HWaG nach den Vorschriften des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG) über das förmliche Verfahren.

Für die oben genannten Rechtsgrundlagen ist der Wortlaut der jeweils geltenden Fassung maßgeblich.

Der Genehmigungsantrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz und der Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis nach Wasserhaushaltsgesetz liegen mit den jeweils dazugehörenden Unterlagen einschließlich der Umweltverträglichkeitsuntersuchung ab Montag, dem 12. Juli 2010 bis einschließlich 11. August 2010 an den folgenden Stellen zu den angegebenen Zeiten zur Einsicht aus:

- I. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Stadthausbrücke 8, Haus A, Zimmer A 117, 20355 Hamburg, montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr;
- II. Bezirksamt Harburg, Dezernat für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Fachamt Bauprüfung, Harburger Rathausplatz 4, Zimmer 1, 21073 Hamburg, montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Darüber hinaus werden die Antragsunterlagen im Internet zum Download unter der Adresse <http://www.hamburg.de/start-fachthemen/135760/kraftwerk-moorburg.html> zur Verfügung gestellt.

Einwendungen gegen die vorgenannten Vorhaben können vom 12. Juli 2010 bis zwei Wochen nach Ablauf der angegebenen Auslegungsfrist, also bis zum 25. August 2010, schriftlich bei den oben genannten Dienststellen erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Einwendungen können nicht berücksichtigt werden, soweit sie nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, sowie Einwendungen mit fehlenden oder unleserlichen Namen oder Adressangaben werden nicht berücksichtigt.

Die Einwendungen sind der Antragstellerin und den von ihnen in ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden bekannt zu geben. Auf Verlangen des Einwenders sollen dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkennt-

lich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

1. Die Erörterung der form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zum Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann, findet statt am **Montag, dem 20. September 2010 und Dienstag, dem 21. September 2010** jeweils von **10.00 Uhr bis etwa 18.00 Uhr**.
2. Die mündliche Verhandlung über den Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis findet statt am **Mittwoch, dem 22. September 2010** von **10.00 Uhr bis etwa 18.00 Uhr**.

Die Erörterung bzw. Verhandlung finden jeweils statt im CCH – Congress Center Hamburg, Saal G, Am Dammthor/Marseiller Straße, 20355 Hamburg.

Die Erörterung und die mündliche Verhandlung werden erforderlichenfalls an den darauffolgenden Werktagen, ausgenommen Sonnabende, fortgesetzt. Eine genaue zeitliche Strukturierung der Termine ist noch nicht möglich. Deshalb wird gegebenenfalls jeweils am Ende eines Veranstaltungstages der genaue Zeitpunkt der Fortsetzung bekannt gegeben. Darüber hinaus kann die Information bei

- der Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (jeweils ab 9.00 Uhr)
- sowie unter der E-Mail-Adresse kraftwerk.moorburg@bsu.hamburg.de abgerufen werden.

Zu 1. Die Erörterung der form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen im BImSchG-Verfahren ist öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Zu 2. Die mündliche Verhandlung im wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren mit den Beteiligten ist nicht öffentlich. Beteiligte müssen sich ausweisen können. Beteiligte sind neben den Betroffenen auch die Personen, die im Verfahren Einwendungen erhoben haben. Bei Ausbleiben einer oder eines Beteiligten kann auch ohne sie oder ihn verhandelt und entschieden werden. Anderen Personen als den Beteiligten kann die Anwesenheit gestattet werden, wenn keine Beteiligte oder kein Beteiligter widerspricht.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch eine öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Hamburg, den 2. Juli 2010

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 1123

## Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Anwar Qammer, geboren am 17. Mai 1970, zuletzt wohnhaft Dahlgrünring 10, 21109 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 22. Juli 2010 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine

Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten eine Übergangsanzeige gemäß § 7 UVG für erbrachte Unterhaltsvorschussleistungen der Kinder Faras, Sedrah und Sarah Qammer im Fachamt für Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 214, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 5. August 2010 als bewirkt.

Hamburg, den 24. Juni 2010

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 1124

## Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche

Es ist beabsichtigt, nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen das im Bezirk Hamburg-Nord, in der Gemarkung Groß Borstel, Ortsteil 406, belegene Flurstück 1887 teilweise der Straße Paeplowweg als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich mit sofortiger Wirkung zu entwidmen.

Die Pläne über die genaue Lage hängen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden der Verwaltung des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes, Kümmellstraße 6, Zimmer 519, 20249 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus.

Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei der oben genannten Dienststelle vorbringen. Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 24. Juni 2010

**Das Bezirksamt Hamburg-Nord**

Amtl. Anz. S. 1124

## Neue Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Seit der 195. Aufsichtsratssitzung unserer Gesellschaft am 17. Juni 2010 gehören dem Aufsichtsrat folgende Mitglieder an:

Dipl.-Ing. Gerhard Kempf, Hamburg – Vorsitzender  
Thomas Meier-Hedde, Hamburg – Stellv. Vorsitzender  
Dr.-Ing. Hermann J. Klein, Hamburg  
Dipl.-Ing. Wolfgang Bühr, Flensburg  
Dipl.-Ing. Lutz Müller, Buxtehude  
Dr.-Ing. Herbert Aly, Hamburg  
Ministerialrat Klaus Grensemann, Bonn  
Dr.-Ing. Klaus Borgschulze, Bremen  
Ltd. Regierungsdirektor Andreas Richter, Hamburg  
Dipl.-Geogr. Hanna Fangohr, Hamburg  
Prof. Dr.-Ing. Stefan Krüger, Hamburg  
Ausgeschieden: Dr.-Ing. Christian Eckel, Hamburg

Hamburg, den 25. Juni 2010

**Hamburgische Schiffbau-Versuchsanstalt GmbH  
Hamburg  
– Die Geschäftsführung –**

Amtl. Anz. S. 1124

## ANZEIGENTEIL

### Behördliche Mitteilungen

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,  
Behörde für Wissenschaft und Forschung,  
vertreten durch die  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
ABH 57, Hochschulbau – HSB,  
Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,  
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87,  
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Vergabenummer: **ÖA – BSU/HSB 149/10**  
Gewerk Außenanlagen
- e) ZOQ, Zentrum für Optische Quantentechnologien,  
Luruper Chaussee 149, 22761 Hamburg
- f) Beschreibung der Baumaßnahme:  
Auf dem Universitätsgelände Bahrenfeld ist der Neubau Zentrum für die optische Quantentechnologie (ZOQ) mit umgebenen Außenanlagen geplant.  
Umfang der Leistungen:  
Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen erforderliche Landschaftsbauarbeiten wie:  
– Baustelleneinrichtung, Aufnahmen von vorhandenen Belägen, Erdarbeiten,  
– Entwässerungsarbeiten, Pflasterarbeiten, Asphaltarbeiten, Ausstattung sowie  
– Vegetationsarbeiten (Pflanz- und Ansaatarbeiten) einschließlich Fertigstellungspflege,  
– Betonpflaster: 320 m<sup>2</sup>  
– Betonplatten: 590 m<sup>2</sup>  
– Asphaltflächen: 200 m<sup>2</sup>  
– Pflanzflächen: 50 m<sup>2</sup>  
– Rasenflächen: 3000 m<sup>2</sup>  
– Erdarbeiten: ca. 2000 m<sup>3</sup>
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Ausführungsfrist:  
ca. 1. Oktober 2010 bis 13. Dezember 2010
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:  
vom 29. Juni 2010 bis 23. Juli 2010  
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31  
Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 22,- Euro  
Erstattung: Nein  
Zahlungsweise: Ausschließlich per Überweisung, Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,  
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,  
Geldinstitut: Bundesbank  
Verwendungszweck:  
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 149/10)  
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn zusammen mit dem Anforderungsschreiben der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei der Einzahlung ist die Angabe der Referenz zwingend erforderlich.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 5. August 2010, 10.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 5. August 2010, 10.00 Uhr.  
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 5. November 2010.
- w) Beschwerdestelle:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Amt für Bauordnung und Hochbau,  
Amtsleiter – ABH 0,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg  
Hamburg, den 28. Juni 2010  
**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

682

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,  
Behörde für Wissenschaft und Forschung,  
vertreten durch die  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
ABH 57, Hochschulbau – HSB,  
Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,  
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87,  
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Vergabenummer: **ÖA – BSU/HSB 213/10**  
Gewerk Erdarbeiten, Verbau
- e) Technische Universität Hamburg-Harburg,  
Schwarzenbergstraße 95, 21073 Hamburg
- f) Auf dem Gelände der TU-Harburg soll eine Versuchshalle (Standort: Campus südlich der Denickestraße) errichtet werden, in der Produkte unter dynamischer Last getestet werden sollen. Der Standort ist 3-seitig von altem, schützenswertem Baumbestand umgeben. Das Gebäude besteht aus 2 Gebäudeteilen. Hexapod-Prüfhalle: Grundfläche ca. 170 m<sup>2</sup>, ca. 11 x 15 m, H ca. 8 m. Stahlkonstruktion, Hängekran, Außenwand Aluminium-Wellblech-Paneelen. Dachdeckung Trapezblech, Foliendach. Massivbau Bürotrakt: Grundfläche ca. 60 m<sup>2</sup>, ca. 14 x 4,5 m, H ca. 7 m. Stahlbeton, Verblend-MW, Foliendach. Sohle WU-Beton, Stahlbetonwände, Abklebung, Baugrube: Verbau Trägerbohlwand, austegteift, Größe ca. 16/19 m. Arbeitsraum ca. 70 cm. Aushub mind. 4,0m.

## Anzubietende Leistungen:

Abbruch Pflasterbelege ca. 400 m<sup>2</sup>, Aushub ca. 1400 m<sup>3</sup> humosen Sande, Bauschutteinschlüsse, Bodenaustausch, Verbau: Träger HEB 280 ca. 8 m Länge, SW-Leitungen mit Anbindung ans vorhandene Siel.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Ausführungsfrist: voraussichtlich 38 Kalenderwoche bis 48 Kalenderwoche
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:  
vom 29. Juni 2010 bis 15. Juli 2010  
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31  
Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 9,- Euro  
Erstattung: Nein  
Zahlungsweise: Ausschließlich per Überweisung, Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,  
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,  
Geldinstitut: Bundesbank  
Verwendungszweck:  
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 213/10)  
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn zusammen mit dem Anforderungsschreiben der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei der Einzahlung ist die Angabe der Referenz zwingend erforderlich.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 27. Juli 2010, 11.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 27. Juli 2010, 11.00 Uhr.  
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 27. Oktober 2010.
- w) Beschwerdestelle:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Amt für Bauordnung und Hochbau,  
Amtsleiter – ABH 0,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

Hamburg, den 28. Juni 2010

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

683

Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,  
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87,  
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31

- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Vergabenummer: **ÖA – BSU/HSB 214/10**  
Gewerk Erweiterter Rohbau
- e) Technische Universität Hamburg-Harburg,  
Schwarzenbergstraße 95, 21073 Hamburg
- f) Auf dem Gelände der TU-Harburg soll eine Versuchshalle (Standort: Campus südlich der Denickestraße) errichtet werden, in der Produkte unter dynamischer Last getestet werden sollen. Der Standort ist 3-seitig von altem, schützenswertem Baumbestand umgeben. Das Gebäude besteht aus 2 Gebäudeteilen. Hexapod-Prüfhalle: Grundfläche ca. 170 m<sup>2</sup>, ca. 11 x 15 m, H ca. 8 m. Stahlkonstruktion, Hängekran, Außenwand Aluminium-Wellblech-Paneelen. Dachdeckung Trapezblech, Foliendach. Massivbau Bürotrakt: Grundfläche ca. 60 m<sup>2</sup>, ca. 14 x 4,5 m, H ca. 7 m. Stahlbeton, Verblend-MW, Foliendach. Sohle WU-Beton, Stahlbetonwände, Abklebung, Baugrube: Verbau Trägerbohlwand, ausgesteift, Größe ca. 16/19 m. Arbeitsraum ca. 70 cm. Aushub mind. 4,0 m.  
Anzubietende Leistungen:  
Baustelleneinrichtung, Stahlbetonarbeiten UG und Bürotrakt ca. 550 m<sup>2</sup> Wände, ca. 500 m<sup>2</sup> Deckenflächen. Verblendmauerwerk des Bürotraktes ca. 140 m<sup>2</sup>. Abdichtung der Kelleraußenwände ca. 300 m<sup>2</sup>.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Ausführungsfrist: ca. ab 42 Kalenderwoche 2010 bis 4 Kalenderwoche 2011
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:  
vom 29. Juni 2010 bis 15. Juli 2010  
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31  
Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 12,- Euro  
Erstattung: Nein  
Zahlungsweise: Ausschließlich per Überweisung, Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,  
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,  
Geldinstitut: Bundesbank  
Verwendungszweck:  
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 214/10)  
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn zusammen mit dem Anforderungsschreiben der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei der Einzahlung ist die Angabe der Referenz zwingend erforderlich.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 29. Juli 2010, 11.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 29. Juli 2010, 11.00 Uhr.

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,  
Behörde für Wissenschaft und Forschung,  
vertreten durch die  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
ABH 57, Hochschulbau – HSB,

- Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 29. Oktober 2010.
- w) Beschwerdestelle:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Amt für Bauordnung und Hochbau,  
Amtsleiter – ABH 0,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

Hamburg, den 28. Juni 2010

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

684

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,  
Zentrale Vergabestelle K5,  
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,  
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 93  
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88  
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung,  
Ausführung von Bauleistungen
- e) Hamburg-Billstedt
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-241/10**  
Wesentliche Leistungen:  
Die vorhandenen Stützwände (Spundwände) werden mit einer hochabsorbierenden Aluminium-Vorsatzschale versehen, Fläche ca. 2440 m<sup>2</sup>.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 4. Oktober 2010, Ende: 15. März 2011
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:  
vom 30. Juni 2010 bis 22. Juli 2010,  
dienstags bis donnerstags, 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr.  
Anschrift:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E 228,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,  
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 11,- Euro  
Erstattung: Nein  
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
Empfänger:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,  
Geldinstitut: Postbank Hamburg  
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 29. Juli 2010, 9.30 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 29. Juli 2010, 9.30 Uhr.  
Anschrift siehe Buchstabe o).  
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/B zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 24. September 2010.
- w) Beschwerdestelle:  
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,  
Geschäftsführer (GF),  
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,  
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 29. Juni 2010

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

685

### Bekanntmachung

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**  
Offizielle Bezeichnung:  
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,  
Zentrale Vergabestelle K5  
Postanschrift:  
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,  
Deutschland  
Kontaktstelle(n):  
Bearbeiter: Herr Dieter Mählmann,  
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 95,  
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88  
E-Mail:  
dieter.maehlmann@lsbg.hamburg.de  
Weitere Auskünfte erteilen:  
die oben genannten Kontaktstellen  
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende  
Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den  
wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches  
Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:  
anderen Stellen: siehe Anhang A.II  
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
andere Stellen: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers  
und Haupttätigkeit(en)**  
Regional- oder Lokalbehörde  
Sonstiges: Konstrukt. Wasserbau  
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-  
trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND****II.1) Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Hochwasserschutz Binnenhafen/Schaartor;  
Erneuerung der Hochwasserschutzanlage

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Planung und Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens: –

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45.24.64.00 - 7

Ergänzende Gegenstände: 45.11.20.00 - 5

45.22.00.00 - 5

45.24.00.00 - 1

45.11.23.60 - 6

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja

**II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –

II.2.2) Optionen: Nein

**II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: 10 Monate****ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN****III.1) Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in)

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

**III.2) Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.

– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.

– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.

– Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.

– Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.

– Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

**III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

**III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

**III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein****III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN****IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
OV-K5-237/10
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:  
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:  
17. August 2010, 14.00 Uhr  
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja  
Preis: 60,- Euro  
Zahlungsbedingungen und -weise:  
Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-237/10 an folgendes Konto:  
Empfänger:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA,  
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,  
Geldinstitut: Postbank Hamburg,  
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,  
BIC PBNKDEFF200 Hamburg.  
Hinweis:  
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Überweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift, siehe Anhang A Ziffer III), senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:  
18. August 2010, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:  
Bis 5. November 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
18. August 2010, 9.30 Uhr  
Ort: BSU, Eröffnungsstelle ZVA,  
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,  
Zimmer E 231  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja  
Bieter und ihre Bevollmächtigten (mit Nachweis)

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –

- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/  
Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)  
Postanschrift:  
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland  
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor den Vergabekammern unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
25. Juni 2010

**ANHANG A****SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**  
Offizielle Bezeichnung:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, LSBG, Zentrale Vergabestelle K5  
Postanschrift:  
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg, Deutschland  
Kontaktstelle(n):  
zu Händen von Herrn Dieter Mählmann  
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 95,  
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88  
E-Mail: dieter.maehlmann@lsbg.hamburg.de
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**  
Offizielle Bezeichnung:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zentrale Vergabeaufsicht  
Postanschrift:  
Stadthausbrücke 8, Zimmer E 228,  
20355 Hamburg, Deutschland  
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**  
Offizielle Bezeichnung:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zentrale Vergabeaufsicht  
Postanschrift:  
Stadthausbrücke 8, Zimmer E 231,  
20355 Hamburg, Deutschland  
Hamburg, den 25. Juni 2010

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

<b>Auftragsbekanntmachung</b>	II.2) <b>Menge oder Umfang des Auftrags</b>
<b>ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER</b>	II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: Eine außenliegende Fettabscheideranlage; Anschlüsse der KÜCHENEINRICHTUNGEN; WC-Anlagen mit Urinalen, Waschbecken und WC-Einheiten; ein Behinderten-WC; 6 Stück Werkraumbecken mit Schlammfang; PUMI-Räume mit Ausgussanlagen und dezentraler Warmwasserbereitung; ca. 100 m Schmutzwasserleitungen im Gebäude; ca. 350 m Trinkwasserverrohrung; ca. 45 m Acetylen und Sauerstoffverrohrung und Erdgasverrohrung für die naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen; Grundleitungsnetz für Schmutz- und Regenwasser mit Erdarbeiten und Schächten komplett.
I.1) <b>Name, Adressen und Kontaktstelle(n)</b> Offizielle Bezeichnung: Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, SBH   Schulbau Hamburg Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland Kontaktstelle(n): Allgemeine Verwaltung – Ausschreibung SBH3B2, Zu Händen: Herr Achim Schaar, Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94, Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94 E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de Weitere Auskünfte erteilen: andere Stellen, siehe Anhang A/I Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen	II.2.2) Optionen: – II.3) <b>Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:</b> –
I.2) <b>Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)</b> Regional- oder Lokalbehörde Allgemeine öffentliche Verwaltung Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein	<b>ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN</b> III.1) <b>Bedingungen für den Auftrag</b> III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250 000,- Euro. III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: – III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: – III.2) <b>Teilnahmebedingungen</b> III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: – Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Nummer f). – Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerrentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden ist. III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben a) und c).
<b>ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND</b>	
II.1) <b>Beschreibung</b>	
II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber: Gesamtschule Öjendorf, Ersatz der abgängigen Bausubstanz und Erweiterung; LOS 9, SANITÄRINSTALLATIONEN	
II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung: (a) Bauleistung Hauptausführungsort: Hamburg NUTS-Code: DE 600	
II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung Öffentlicher Auftrag	
II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –	
II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens: Abwasser- und Wasseranlagen	
II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): Hauptgegenstand: 45214200	
II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –	
II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein	
II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –	

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben b) und d).
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:  
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
SBH EG 04/10S
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja  
Vorinformation  
Bekanntmachungsnummer im ABL:  
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 16. Juli 2010, 16.00 Uhr  
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja  
Preis: 90,- Euro  
Zahlungsbedingungen und -weise:  
Per Banküberweisung,  
Empfänger: Schulbau Hamburg,  
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,  
Geldinstitut: Bundesbank.  
Verwendungszweck:  
410090000027 SBH EG 04/10S.  
Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt.  
Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 22. Juli 2010, 11.30 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 19. September 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
22. Juli 2010, 11.30 Uhr  
Ort: SBH | Schulbau Hamburg,  
Ausschreibung 3B2, Raum 240,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja  
Bieter und ihre Bevollmächtigten

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Postanschrift:  
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
24. Juni 2010

**ANHANG A****SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**  
Offizielle Bezeichnung:  
SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland  
Kontaktstelle(n):  
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen  
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 15  
E-Mail:  
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –  
Hamburg, den 24. Juni 2010  
**Die Finanzbehörde**

<b>Auftragsbekanntmachung</b>		II.1.9)	Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
<b>ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER</b>		II.2)	<b>Menge oder Umfang des Auftrags</b>
I.1)	<b>Name, Adressen und Kontaktstelle(n)</b> Offizielle Bezeichnung: Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, SBH   Schulbau Hamburg Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland Kontaktstelle(n): Allgemeine Verwaltung – Ausschreibung SBH3B2, Zu Händen: Herr Achim Schaar, Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94, Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94 E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de Weitere Auskünfte erteilen: andere Stellen, siehe Anhang A/I Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen	II.2.1)	Gesamtmenge bzw. -umfang: ca. 850 m <sup>2</sup> Bodenbelag aus Betonwerkstein; ca. 150 m Stufenbeläge aus Betonwerkstein; ca. 250 m <sup>2</sup> Bodenfliesen in WC's; ca. 650 m <sup>2</sup> Wandfliesen in WC's; ca. 350 m Fensterbänke, d = 30 mm.
I.2)	<b>Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)</b> Regional- oder Lokalbehörde Allgemeine öffentliche Verwaltung Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf- trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein	II.2.2)	Optionen: –
<b>ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND</b>		II.3)	<b>Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –</b>
II.1)	<b>Beschreibung</b>	<b>ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFOR- MATIONEN</b>	
II.1.1)	Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag- geber: Gesamtschule Öjendorf, Ersatz der abgängigen Bausubstanz und Erweiterung; LOS 6, FLIESEN- UND BETONWERKSTEINARBEITEN	III.1)	<b>Bedingungen für den Auftrag</b>
II.1.2)	Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie- ferung bzw. Dienstleistung: (a) Bauleistung Hauptausführungsort: Hamburg NUTS-Code: DE 600	III.1.1)	Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auf- tragssumme von 250 000,- Euro.
II.1.3)	Gegenstand der Bekanntmachung Öffentlicher Auftrag	III.1.2)	Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin- gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor- schriften: –
II.1.4)	Angaben zur Rahmenvereinbarung: –	III.1.3)	Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmäch- tigtem Vertreter.
II.1.5)	Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf- fungsvorhabens: Wand-, Bodenfliesen und Betonwerksteinflächen	III.1.4)	Sonstige besondere Bedingungen an die Auf- tragsausführung: –
II.1.6)	Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): Hauptgegenstand: 45214200	III.2)	<b>Teilnahmebedingungen</b>
II.1.7)	Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom- men (GPA): –	III.2.1)	Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: – Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Num- mer 3 Absatz 1, Nummer f). – Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämp- fungsgesetz oder gemäß § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Frei- heitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden ist.
II.1.8)	Aufteilung in Lose: Nein	III.2.2)	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähig- keit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Num- mer 3 Absatz 1, Buchstaben a) und c).
		III.2.3)	Technische Leistungsfähigkeit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Num- mer 3 Absatz 1, Buchstaben b) und d).

- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:  
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
SBH EG 09/10S
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja  
Vorinformation  
Bekanntmachungsnummer im ABl.:  
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 21. Juli 2010, 16.00 Uhr  
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja  
Preis: 45,- Euro  
Zahlungsbedingungen und -weise:  
Per Banküberweisung,  
Empfänger: Schulbau Hamburg,  
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,  
Geldinstitut: Bundesbank.  
Verwendungszweck:  
4100900000027 SBH EG 09/10S.  
Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:  
27. Juli 2010, 11.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:  
Bis 24. September 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
27. Juli 2010, 11.30 Uhr  
Ort: SBH | Schulbau Hamburg,  
Ausschreibung 3B2, Raum 240,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja  
Bieter und ihre Bevollmächtigten

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

- VI.1) **Dauerauftrag**: Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird**: Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen**: –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Postanschrift:  
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**:  
25. Juni 2010

**ANHANG A****SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:  
Offizielle Bezeichnung:  
SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Deutschland  
Kontaktstelle(n):  
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen  
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 15  
E-Mail:  
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**: –
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**: –

Hamburg, den 25. Juni 2010

**Die Finanzbehörde**

## Gerichtliche Mitteilungen

### Zwangsversteigerung

71 t K 133/09. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Sethweg 1, 3 belegene, im Grundbuch von Niendorf Blatt 6931 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 119/1000 Miteigentumsanteilen an dem 907 m<sup>2</sup> großen Flurstück 4420, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, dem Kellerraum, dem Dachabstellraum und der Garage Nummer 2, durch das Gericht versteigert werden.

3-Zimmer-Wohnung mir etwa 68,98 m<sup>2</sup> Wohnfläche (Küche, Diele, Bad, Balkon) im Obergeschoss links des Hauses Sethweg 1, Baujahr 1964, Gaszentralheizung, 2007/2008 Dachsanierung, 2009 Erneuerung der Garagentore, zur Zeit der Begutachtung selbstgenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 107 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 31. August 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com)

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. Januar 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zuhörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 2. Juli 2010

Das Amtsgericht, Abt. 71

689

### Zwangsversteigerung

802 K 8/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Frettchenweg 8 belegene, im Grundbuch von Sasel Blatt 7479 eingetragene 1005 m<sup>2</sup> große Grundstück (Flurstück 5122), durch das Gericht versteigert werden.

Laut Gutachten ist das Grundstück bebaut mit einem eingeschossigen, teilunterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Baujahr etwa 1965, umfangreiche Modernisierung und Umbaumaßnahmen etwa 1989. Die Wohnfläche beträgt insgesamt etwa 260 m<sup>2</sup>. Das Objekt wird eigengenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 457 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 8. September 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com)

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. März 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 2. Juli 2010

Das Amtsgericht  
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

690

### Zwangsversteigerung

902 K 98/06. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Schiffbeker Weg 230 A, 230 B, 230 C, 230 D, 230 E, Dringsheide, Schiffbeker Weg, nördlich Schiffbeker Weg 230 H belegene, im Grundbuch von Ojendorf Band 85 Blatt 2578 eingetragene 6330 m<sup>2</sup> große Grundstück (Flurstücke 1625, 1624), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem etwa im Jahre 1996 errichteten fünfgeschossigen Wohn- und Geschäftshaus mit Tiefgarage und Kellerräumen. Im Erdgeschoss befindet sich eine Ladenzeile mit etwa 14, zum Teil vermieteten, Einzelhandelsgeschäftsräumen unterschiedlicher Größe. Im II. bis V. Obergeschoss befinden sich etwa 55 annähernd zu 100% vermietete behindertengerechte Wohnungen mit entsprechenden Einrichtungen. Hauptmieter ist insoweit eine Gesellschaft für betreutes Wohnen. In der Tiefgarage befinden sich etwa 90 Pkw-Stellplätze, des weiteren sind etwa 30 Pkw-Außenstellplätze vorhanden. Die Gewerbeflächengröße beträgt insgesamt etwa 2600 m<sup>2</sup>. Die Wohn- und Nutzflächengröße beträgt etwa 2800 m<sup>2</sup>. Das Objekt steht unter Zwangsverwaltung. Da in dem Termin am 24. März 2010 der Zuschlag aus dem Grund des § 85 a Absatz 1 ZVG versagt wurde, gelten die Mindestgebotsgrenzen 5/10 und 7/10 nicht mehr.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 6 240 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 8. September 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com)

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 4. Juli 2006 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten

Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

691

902 K 51/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Güntherstraße 96 belegene, im Grundbuch von Hohenfelde Blatt 4633 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 546/10000 Miteigentumsanteilen an dem 468 m<sup>2</sup> großen Grundstück (Flurstück 676), verbunden mit dem Sondereigentum an den nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen, im Aufteilungsplan mit Nummer 13 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Bei dem Teileigentum handelt es sich um eine vermietete Gewerbeinheit (Laden) im Souterrain rechts eines um 1880 errichteten sechsgeschossigen Mehrfamilienwohnhauses. Das Gebäude Güntherstraße 96 ist im Verzeichnis der erkannten Baudenkmäler eingetragen. Nach dem Wertgutachten vom 22. März 2010 hat die Gewerbeinheit eine Größe von etwa 70 m<sup>2</sup>, bestehend aus zwei Büroräumen, 2 Akten- bzw. Archivräumen, Teeküche, WC und Flur. Der Laden befindet sich laut Gutachten in einer 2b-Gewerbelage. Es ist Zwangsverwaltung angeordnet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 76 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 26. Oktober 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com)

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Oktober 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und,

wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 2. Juli 2010

**Das Amtsgericht  
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

692

### Zwangsvollstreckung

323 K 35/09 und 323 K 36/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Hamburg, Holsteiner Chaussee 12, 14, 16, Rungwisch 2, 2a, 2b, Simon-Wannewitz-Ring 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14 belegene, im Grundbuch von Eidelstedt a) Blatt 8639 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 75/10000 Miteigentumsanteilen an dem 11 825 m<sup>2</sup> großen Flurstück 6178, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 47, und b) Blatt 8741 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 4/10000 Miteigentumsanteilen an dem oben genannten Grundstück, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Tiefgaragenstellplatz Nummer G 149, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die Wohnung ist belegen im Haus Rungwisch 2, dort I. Obergeschoss links. Die 3-Zimmer-Wohnung mit Flur, Küche und Bad hat eine Wohnfläche von etwa 89,4 m<sup>2</sup>. Zur Wohnung gehören eine Loggia mit südlicher Sonnenausrichtung und ein Kellerabstellraum. Die Beheizung erfolgt über Fernwärme, die Warmwasserversorgung zentral über die Fernwärmeversorgung. Baujahr der Anlage mit 155 Wohnungen und 155 Garagenstellplätzen etwa 1996. Eine Innenbesichtigung ist dem Sachverständigen nicht ermöglicht worden. Die Wohnung steht vermutlich leer. Der Tiefgaragenstellplatz befindet sich auf einer elektrisch verschiebbaren Parkpalette.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG a) 150 000,- Euro für die Wohnung, Verfahren 323 K 35/09 und b)

10000,- Euro für den Tiefgaragenstellplatz, Verfahren 323 K 36/09.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 15. September 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com) und [www.zvhh.de](http://www.zvhh.de) (mit Gutachtendownload).

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 16. Juli 2009 in die Grundbücher eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungs- und Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 2. Juli 2010

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

693

### Zwangsvollstreckung

417 K 15/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen durch das Gericht versteigert werden, der im Grundbuch von Kirchwerder, Blatt 4143 eingetragene Miteigentumsanteil der Schuldner am Grundstück, Flurstück 8486, 574 m<sup>2</sup> groß, Wohnung Nummer 1 (1/2 Miteigentumsanteil), belegen Durchdeich 167, 21037 Hamburg.

Das Grundstück ist bebaut etwa 1950 mit einem Einfamilienhaus (Versteigerungsobjekt) an das etwa 1972 ein Haus angebaut und somit zu einer Doppelhaushälfte geworden ist. Das Versteigerungsobjekt ist ein Massivbau ohne Keller mit einer Gesamtwohnfläche von

etwa 85 m<sup>2</sup>, Fassade roter Klinker, Satteldach mit Betonpfannen, Fenster Kunststoff isolierverglast, Gaszentralheizung. Das Dachgeschoss ist ausgebaut. Stellplatz im Doppelcarport. Nach Angaben des Gutachters besteht die Möglichkeit des Holzbockbefalls, einer genaueren Untersuchung wurde seitens der Eigentümer widersprochen. Auf das Gutachten wird ausdrücklich hingewiesen. Das Wohnungseigentum ist durch die Eigentümer selbst genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 100 000,- Euro für das Wohnungseigentum.

Versteigerungstermin: **Freitag, den 20. August 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das Gutachten zum Verkehrswert kann vormittags, Zimmer 311, eingesehen werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Juni 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10% des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt werden und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des oben angegebenen Objekts

oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Weitere Informationen im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com)

Hamburg, den 2. Juli 2010

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417 694

### Zwangsversteigerung

717 K 80/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Waterblöckenwiese, östlich Waterblöckenwiese belegene, im Grundbuch von Neu-Rahlstedt Blatt 2510 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/48 Miteigentumsanteil an dem 11 185 m<sup>2</sup> großen Flurstück 2196, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Reihenhaus, im Aufteilungsplan mit Nummer 34 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Das Wohnungseigentum besteht aus einem zweigeschossigen, vollunterkellerten Reihenmittelhaus mit der postalischen Anschrift „Hagenende 21“. Errichtung des Gebäudes im Jahr 2006 als „Energiesparhaus“. Die Wohnfläche von etwa 85,40 m<sup>2</sup> verteilt sich auf 3 Zimmer, Küche, Bad, Gäste-WC und Flurflächen. Hinzu kommen etwa 39 m<sup>2</sup> im ausgebauten II. Obergeschoss (Studio). Beheizung und Warmwasser über Fernwärme. Mittlerer bis gehobener Ausstattungsstandard. Die Nutzung erfolgt durch die Verfahrensschuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 220 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 8. September 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, Saal 216, II. Stock.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 115, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 27 07/- 21 75. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 26. November 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 2. Juli 2010

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717 695

## Sonstige Mitteilungen

### Öffentliche Ausschreibung

Die Stadtreinigung Hamburg, Anstalt öffentlichen Rechts, Bullerdeich 19, 20537 Hamburg, schreibt die Ausschreibung **Leasing von 4 Stck. Kompaktransportern, Zeitraum 60 Mon.** unter der Nummer **Ö 2010.131** im Öffentlichen Verfahren aus. Nähere Angaben finden Sie im Submissionsanzeiger, Bundesausschreibungsblatt, bi-Aus-

schreibungsblatt, Subreport sowie bei der Stadtreinigung Hamburg (Anschrift siehe oben) werktags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr, Gebäude 1, Zimmer 108, und im Internet: [www.srhh.de/Über uns/Ausschreibungen](http://www.srhh.de/Über_uns/Ausschreibungen). Die Unterlagen können bis zum 13. Juli 2010 angefordert werden.

Hamburg, den 25. Juni 2010

**Stadtreinigung Hamburg** 696